



Der Beauftragte der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer

30 Jahre Deutsche Einheit

Schlussfolgerungen des Kabinettausschusses „Neue Länder“

16. September 2020



30 Jahre Deutsche Einheit – ein Jubiläum für uns alle!

Am 3. Oktober 2020 ist Deutschland seit 30 Jahren wieder vereint. Anders als im Westen Deutschlands mussten die Bürgerinnen und Bürger der DDR 40 Jahre lang auf demokratische Selbstbestimmung warten. Sie haben sich Freiheit und Demokratie mit großem Mut und Einsatz erkämpft. Die friedliche Revolution in der DDR führte zum Fall der Mauer, die Deutschland und Europa geteilt hat, zur Überwindung der SED-Diktatur und innerhalb weniger Monate zu einer frei gewählten Volkskammer.

Sie hat es ermöglicht, dass zwei demokratisch legitimierte deutsche Parlamente und Regierungen die Einheit Deutschlands wiederherstellen konnten. Ein einzigartiges historisches Ereignis – herbeigeführt durch die Freiheits- und Demokratiebewegungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten, durch die Entschlossenheit und Zivilcourage freiheitsliebender Menschen in der DDR sowie durch politisches Gespür und diplomatisches Geschick. Das ist ein Höhepunkt unserer Freiheits- und Demokratiegeschichte und ein Grund, stolz zu sein.

Die Wiedervereinigung hat Deutschland geeint und zugleich vielfältiger gemacht. Die tiefe Spaltung, die hinsichtlich Demokratie und Freiheit, der regionalen Lebensverhältnisse und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach 40 Jahren Sozialismus in der DDR bestand, ist trotz aller noch verbliebenen Unterschiede heute weitgehend überwunden. Die gewachsene Vielfalt ist ebenso bereichernd wie herausfordernd.

Das Zusammenwachsen Deutschlands in den letzten 30 Jahren ist ein großes Gemeinschaftswerk, in das sich sehr viele Menschen eingebracht haben. Dass dies gelingen konnte, setzte umfangreiche Unterstützung und die Solidarität untereinander voraus; vor allem aber die Bereitschaft der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger, neu zu beginnen, die Chancen im beruflichen und öffentlichen Leben zu nutzen und hohe Anpassungslasten zu tragen. Für nahezu alle Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern bedeutete der historische Umbruch eine tiefe Zäsur in ihren Biografien. Viele konnten sie mit Begeisterung nutzen, anderen fiel es schwer, im neuen gemeinsamen Staat und unter neuen Bedingungen Fuß zu fassen. Oft war das mit dem Gefühl verbunden, ihre Ausbildung und ihr Wissen würden nicht mehr gebraucht sowie ihre bisherige Lebensleistung nicht geschätzt. Für viele bedeutete der Umbruch die Notwendigkeit, die Heimatregion verlassen zu müssen, um an anderer Stelle eine neue Existenz aufzubauen.

Die überwiegende Mehrzahl der Menschen in Deutschland empfindet heute die Wiedervereinigung als ein glückliches Ereignis der Geschichte! Die Erfahrungen der persönlichen Umwälzungen wirken dabei nach und führen zu einem breiten Bedürfnis, das Geschehene zu reflektieren.

30 Jahre Deutsche Einheit – wo stehen wir heute?

Angleichung der Wirtschaftskraft und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft wurden die Grundlagen für die wirtschaftliche Erneuerung der neuen Länder und die Angleichung der Lebensverhältnisse gelegt. Die vor 30 Jahren offensichtlichen Leistungs- und Ausstattungsunterschiede sind mittlerweile nahezu in allen Lebens- und Politikbereichen überwunden oder haben sich deutlich verringert. Der Jahresbericht 2020 der Bundesregierung zeigt dies an vielen Beispielen, von der Umweltqualität über Gesundheit, Infrastruktur und Wohnen, Kinderbetreuung und Bildung, Forschung bis hin zu Wirtschaft, Arbeitsmarkt und sozialer Absicherung.

Überwiegend liegen die Ost-West-Unterschiede heute in einer Bandbreite, wie sie für die föderale Vielfalt in der Bundesrepublik typisch ist. In einigen Bereichen und Regionen haben die neuen Länder spezifische Stärken entwickelt, in anderen, zentralen Bereichen besteht allerdings noch eine Lücke, die es weiter zu schließen gilt. In manchen Bereichen, wie bspw. der flächendeckenden Kinderbetreuung, haben die neuen Länder nach wie vor einen Vorsprung vor den alten Ländern.

Die Wirtschaftskraft der neuen Länder hat sich seit der Wiedervereinigung vervierfacht. Sie wird heute maßgeblich durch mittelständisch geprägte Unternehmen getragen, die in vielen Bereichen über technologische Exzellenz verfügen. Beispiel dafür sind die Mikroelektronik, Elektromobilität, Leichtbautechnologie oder die Photonik-Forschung. Wirtschaftlich haben die Regionen in den neuen Ländern damit zu den strukturschwächeren westdeutschen Regionen aufgeschlossen. Dort gibt es Stadt- und Landkreise mit zusammen mehr als 12 Millionen Einwohnern – der Einwohnerstärke der fünf neuen Länder –, die sich hinsichtlich der Produktivität der Erwerbstätigen und des Niveaus der gezahlten Löhne und Gehälter von diesen nicht mehr unterscheiden.

Was in den neuen Ländern jedoch fehlt und wo sich 40 Jahre Teilung und Planwirtschaft nach wie vor auswirken, sind wirtschaftsstarke Regionen mit einer hohen Dichte an Arbeitsplätzen, die vor allem von größeren, forschungsstarken und international orientierten Unternehmen angeboten werden. Auch die wirtschaftlichen Zentren der neuen Länder wie Jena, Leipzig oder Dresden sowie das Umland von Berlin erreichen bei den wirtschaftlichen Kerndaten erst das Niveau von strukturschwächeren westdeutschen Städten und Verdichtungsräumen. Insgesamt hat das zur Folge, dass die Wirtschaftskraft der neuen Länder einschließlich Berlins noch etwa ein Fünftel unter dem Bundesdurchschnitt und ein Zehntel unter dem Niveau des schwächsten westdeutschen Landes liegt.

Eine spezifische Stärke der neuen Länder liegt hingegen, wie internationale Vergleichsdaten zeigen, zum Beispiel beim Bildungsniveau der Erwerbsbevölkerung. Dies gilt es zu sichern. Auch die Umweltqualität und die Qualität des Wohnens sind heute höher als in den meisten anderen deutschen Regionen; gerade hier haben sich im Vergleich zu den Verhältnissen in der DDR für die Menschen enorme Verbesserungen ergeben. Bei der Ausstattung mit Infrastruktur und im Bereich der Nahversorgung gibt es in Deutschland insgesamt ein hohes Leistungsniveau. Wo Verbesserungsbedarf besteht, ist dieser heute in der Regel nicht mehr auf die neuen Länder beschränkt, sondern zeigt sich bundesweit vielfach entlang von Unterschieden zwischen ländlichen und städtischen oder strukturschwachen und strukturstarken Regionen.

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich bis zu Beginn der Covid-19-Krise grundlegend verbessert und die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern haben sich insgesamt verringert. Arbeitslosen- und Armutsrisikoquote liegen in mehreren neuen Ländern und Berlin heute sogar unter dem Niveau von einzelnen westdeutschen Ländern. Bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte haben Sachsen und Brandenburg das Saarland erreicht.

Wie weit die Angleichung der Lebensverhältnisse insgesamt gekommen ist, wird nicht zuletzt an der „Abstimmung mit den Füßen“ deutlich. Sie hatte lange Zeit eine zum Teil beträchtliche Abwanderung von Ost nach West zur Folge. Nachdem die neuen Länder im Jahr der Wiedervereinigung netto 200.000 Menschen und zur Jahrtausendwende noch fast 100.000 verloren hatten, ist die Bilanz der Binnenwanderungen zwischen Ost und West in den letzten Jahren ausgeglichen.

Zusammenwachsen und Vielfalt der Lebensgestaltung und Einstellungen

Auch was die Lebensgestaltung, die Einstellungen und das subjektive Empfinden der Menschen anbetrifft, ist Deutschland in vielerlei Hinsicht zusammengewachsen und zugleich vielfältiger geworden. Das zeigt sich eindrücklich am Familienleben. Trotz weiterhin bestehender Unterschiede haben sich Ost und West von sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten aufeinander zubewegt. Das gilt für die Familienplanung, die Familienformen und die Ausgestaltung von Familie und Beruf. Zugleich ist die Bandbreite der gelebten Familienmodelle heute in beiden Landesteilen deutlich größer als vor 30 Jahren.

Die Menschen sind heute in Deutschland zufriedener als zu jedem Zeitpunkt seit der Wiedervereinigung. Die Fortschritte auf dem Weg zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse werden wahrgenommen und schlagen sich in einer insgesamt großen Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und der eigenen wirtschaftlichen Lage nieder. Diese ist in allen Teilen Deutschlands zumindest bis zum Covid-19-Einbruch konstant spür- und messbar gewesen.

Zur Bilanz nach 30 Jahren gehört jedoch auch, dass der Zuspruch zur Demokratie, wie sie in Deutschland praktiziert wird, wie auch zum Staat und seinen Institutionen in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung im Vergleich zu den alten Ländern durchgängig schwächer ausgebildet ist. Obgleich sich die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement in den neuen Ländern dynamisch entwickelt haben, engagieren sich noch weniger Menschen in festen Ehrenamtsstrukturen als in den alten Ländern. Auch wenn diese Unterschiede gradueller und nicht grundlegender Natur sind, sind sie wie die verbliebenen Unterschiede bei der Wirtschaftskraft und der Angleichung der Lebensverhältnisse Signale dafür, die Deutsche Einheit als einen noch nicht abgeschlossenen Prozess zu betrachten. Denn Demokratie und eine lebendige Zivilgesellschaft sind auf die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger angewiesen, sich für ihre Stärkung und ihren Erhalt einzusetzen und gesamtgesellschaftliche Verantwortung in der Gemeinschaft zu übernehmen.

30 Jahre Deutsche Einheit: im Vertrauen auf eigene Stärken die gemeinsame Zukunft gestalten

Den verbliebenen Unterschieden differenziert begegnen

Vor dem Hintergrund der erreichten Angleichung der Wirtschaftskraft und der Lebensverhältnisse wie auch der Erkenntnis, dass es in zahlreichen Regionen Ost- wie Westdeutschlands vergleichbare Herausforderungen gibt, hat die Bundesregierung entschieden, die spezifischen Fördermaßnahmen für die neuen Länder zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auslaufen zu lassen und die zukünftige Regional- und Heimatpolitik des Bundes konsequent an den regionalen Strukturschwächen und Ausstattungsunterschieden auszurichten, wo immer sie auftreten. Die Orientierung an Strukturschwäche bedeutet, dass die neuen Länder weiterhin von vielen Fördermaßnahmen in besonderer Weise profitieren. Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ stellen die Grundlage für die Regional- und Heimatpolitik des Bundes nach Auslaufen des Solidarpaktes II dar. Ein wichtiges Element ist das in diesem Jahr eingerichtete Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen.

Die neuen Länder werden darüber hinaus auch in den Jahren 2021 bis 2027 in erheblichem Umfang von der europäischen Strukturförderung einschließlich des neu aufgelegten „Just Transition Fonds“ profitie-

ren. Der Europäische Rat konnte sich im Juli 2020 auf wichtige Eckpunkte des neuen EU-Finanzrahmens und den Fonds zum wirtschaftlichen Aufbau in der EU infolge der Covid-19-Krise einigen. Dies ist nun Basis für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament. Zusammen mit dem Strukturstärkungsgesetz zur Begleitung des Strukturwandels in den Kohleregionen und den ab 2020 geltenden Regelungen für den bundesstaatlichen Finanzausgleich wird durch diese Instrumente ein starker und verlässlicher Rahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft in den neuen Ländern für die weitere Angleichung der Wirtschaftskraft und der Lebensverhältnisse gesetzt.

Lebendige Demokratie, Zivilgesellschaft und gesamtdeutsche Selbstverständigung stärken

Freiheit, Demokratie und sozialer Zusammenhalt setzen die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger voraus. Politik kann diese Voraussetzung nicht garantieren, aber gute Bedingungen schaffen, damit die Übernahme von Verantwortung und Engagement im persönlichen Umfeld, in den Quartieren, Dörfern, Gemeinden und Städten für den Einzelnen attraktiv wird und konkret zur Stärkung und Festigung des gesellschaftlichen Zusammenlebens beiträgt.

Der Rahmen, den die Bundesregierung zur Stärkung gleichwertiger Lebensverhältnisse gesetzt hat – vom Finanzausgleich bis zur digitalen Infrastruktur –, ist deswegen auch ein zentraler Beitrag zur Sicherung einer lebendigen Demokratie. Denn nur, wenn Menschen sich mit der Region, in der sie leben, identifizieren und dort ihre Zukunft sehen, werden sie sich verantwortlich fühlen und bereit sein, sich zu engagieren; dann kann Gemeinsinn und Vertrauen in die Demokratie wachsen. Über den allgemeinen Rahmen zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse leistet die Bundesregierung dazu auch spezielle Beiträge und setzt Zeichen. Ein Beispiel ist die neugegründete Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE), die ihren Sitz in Neustrelitz in Mecklenburg-Vorpommern und in diesem Jahr ihre Arbeit aufgenommen hat.

Wie es in einer Demokratie zur Verpflichtung der Bürgerinnen und Bürger gehört, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit immer wieder aufs Neue zu beleben und zu sichern, gehört es zur Verpflichtung des Staates, dafür zu sorgen, dass niemand, der öffentlich Verantwortung übernimmt, um Leib und Leben fürchten muss. Die Bundesregierung tritt daher mit aller Entschiedenheit denen entgegen, die demokratische Institutionen missachten und Extremismus, Hass, rassistisch und antisemitisch motivierten Anschlägen, Gewalt gegen engagierte Bürgerinnen und Bürger oder gegen Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates Vorschub leisten. Sie wird dazu alle Mittel des Rechtsstaates und der demokratischen Auseinandersetzung einsetzen. Zugleich stärkt die Bundesregierung durch verschiedene Programme jene Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Rassismus, Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren und so einen wichtigen Beitrag zur Prävention leisten.

Das Jubiläumsjahr bietet einen guten Anlass, durch eine vertiefte, wechselseitige Auseinandersetzung mit den kollektiven Erfahrungen und Erinnerungen vor und nach der Wiedervereinigung zum Zusammenwachsen von Ost und West beizutragen. Die von der Bundesregierung zur Ausgestaltung des Jubiläumsjahres eingesetzte Kommission hat dazu u. a. mit Bürgerdialogen zwischen ost- und westdeutschen Partnerstädten Gelegenheiten geschaffen. Sie wird die Erfahrungen auswerten und Vorschläge machen, wie solche Brücken der Verständigung auch über das Jubiläumsjahr hinaus gefestigt werden können.

Für die Bundesregierung bleibt es wichtig, allen Tendenzen zur Verklärung und Verharmlosung der DDR entgegenzutreten. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen ist heute nach wie vor notwendig für ein gesamtdeutsches Selbstverständnis, welches das Leid der Opfer einbezieht und auf dem uneingeschränkten Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat basiert. Dabei sollte aber nicht vergessen

werden, gleichzeitig die Lebensleistungen vieler Bürgerinnen und Bürger der DDR, beispielsweise im beruf-fachlichen Bereich, angemessen zu würdigen. Auch die schwierigen Lebensumstände und der deutlich niedrigere Lebensstandard in der DDR sollten in der Rückschau realistisch betrachtet werden.

Im Jubiläumsjahr der Wiedervereinigung konnten wichtige Vorhaben der erinnerungspolitischen Arbeit des Bundes umgesetzt werden, insbesondere begann im Mai 2020 der Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit.

Neue Herausforderungen aus der Mitte eines gewachsenen Europas gestalten

Die Covid-19-Pandemie stellt Deutschland, wie alle anderen Staaten auch, vor große Herausforderungen. Deutschland ist bislang vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Das Infektionsgeschehen ist in den neuen Ländern derzeit etwas schwächer ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt. Die vorliegenden Informationen deuten auch darauf hin, dass die Wirtschaft insgesamt betrachtet durch die Pandemie nicht wesentlich stärker als in den alten Ländern betroffen ist. Dies ist ermutigend und ein Zeichen dafür, wie belastbar die neu entstandenen wirtschaftlichen Strukturen in den meisten Regionen mittlerweile sind.

Mit dem Fall der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung wurde auch die Teilung Europas überwunden und auch die Europäische Union hat sich infolge der Ereignisse im Herbst 1989 entscheidend weiterentwickelt. Dazu gehören insbesondere die 1992 mit dem Maastricht-Vertrag auf den Weg gebrachte Wirtschafts- und Währungsunion und die EU-Erweiterungen, mit denen Deutschland geografisch ins Zentrum eines geeinten und gewachsenen Europas gerückt ist. Für Deutschland ist damit eine große Verantwortung verbunden; zugleich aber auch die große Chance, als Teil des größten, gemeinsamen Marktes der Welt und einer Wertegemeinschaft, die Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbindet, die globalen Herausforderungen mitzugestalten.

Die Deutsche Einheit wurde möglich durch eine friedliche Revolution mutiger und freiheitsliebender Bürgerinnen und Bürger. Die Erinnerung daran ist eine große Ermutigung für die Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen. Denn Demokratie und freie Gesellschaften leben von Bürgerinnen und Bürgern, die sich zu ihnen bekennen und die sich täglich engagieren, mit Respekt vor den Meinungen anderer und der Bereitschaft zum Kompromiss. Die Einheit Deutschlands ist dabei kein Ziel, das irgendwann in einer nahen oder fernen Zukunft liegt. Sie besteht schon heute, und sie ist dennoch eine sich immer wieder aufs Neue stellende Aufgabe.